

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 M., monatlich 22 M., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbeweg. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern

Leipzig, den 21. August 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesangehen 20 M., die übrigen 10 M. Zelle: Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamezettel 50 M. Die Zelle, Rabatt wird nicht abgezogen

Nr. 95

### Ein Wort in letzter Stunde!

Also am 22. August tritt der Tarifausschuß zusammen; so meldete uns Nr. 93 des „Korr.“. Schon seit einiger Zeit munkelte man, daß unter so sozial denkenden Prinzipale an einen Abbau der Löhne bzw. Steuerungsulagen herangegangen werden. Wer so verschiedene Herren kennt, der wunderl sich darüber natürlich nicht, und doch ist Punkt 8 der Bekanntmachung allgemein eine starke Empörung aus. Besonders Punkt 8a, nach welchem den bisher am miserabelsten bezahlten Provinzialkollegen gleich 20 M. im Abbau gebracht werden sollen, muß die Kollegen geradezu zur Verzweiflung bringen.

Ohne weitere Polemik stelle ich deshalb hier folgende Fragen: Wer von uns sind die Kollegen im ganzen Reich ist sehr imlande gewesen, seine durch die Kriegsverhältnisse völlig heruntergekommene Wirtschaft dazu gehören in erster Linie Kleidung, Mäße, Schuhe und — ach, es ist ja unendlich, den Kollegen das vorzulagen, was sie alle am besten empfinden! aufzubellern?? In welchem Maße sind die allerersten Lebensmittel im Preise gesunken? Haben wir kein Recht, auch an Genussmittel wie Obst zu denken? (Das doch eigentlich auch als Nahrungsmittel in Betracht kommt, aber im Preise für uns Buchdrucker unerschwinglich ist.) Und nun erdreißt man sich, ausgerechnet bei uns Buchdruckern, die doch erst in den letzten zwei Jahren von einer Verbesserung ihrer Löhne reden können, vom Abbau der Löhne zu reden! Da gehört wirklich eiserne Ruhe dazu — um parlamentarisch zu bleiben. Dieser Antrag der Prinzipalsvertreter beleuchtet blühartig das soziale Verständnis dieser Herren. Das Gewerbe muß herhalten, das angeblich sonst nicht bestehen kann. Nun, der „Korr.“ hat schon genug treffende Worte über dieses Thema geschrieben. Eins aber sei offen gesagt: Ein Gewerbe, das sich nur dadurch über Wasser halten kann, daß die eigentlichen Produzenten auf ein menschenunwürdiges Niveau hinabgedrückt werden, wäre wert, zugrunde zu gehen.

Ich will den kostbaren Raum des „Korr.“ nicht zu sehr in Anspruch nehmen, aber ein Hinweis sei mir noch gestattet: Es ist eigenlich und dabei typisch, daß gerade die Herrschaften am meisten klagen, die am wenigsten Ursache haben. Mir sind mehrere Prinzipale bekannt, deren „Erfahrung“ im Interesse des Geschäfts so anstrengend ist, daß sie unbeleidet und ohne Knochen mindestens zwei Zentner wiegen, trotzdem sie angeblich immer „zuheilen“ freilich, die Herren glauben, ihre Geleiten sind so jurchbar beschränkt, daß sie gar nicht merken, welche „unlautere Konkurrenz“ ihre Arbeitgeber treiben. Und hier liegt der Sale im Weser, da sollten die Herren Prinzipale einmal den Sabel anlegen, dann wird auch das Gewerbe florieren, soweit dies trotz aller Klagen nicht doch der Fall ist.

Unsern Vertretern im Tarifausschuß aber sei gesagt: Sollte man wirklich auf Punkt 8 überhaupt eingehen, will man es wieder mit der Zahlfik des „Fuß-in-die-Hand-nehmen“ versuchen; dann laßt die Herren tubia gehen — denn sonst: wehe euch!

Neukölln.

D. E.

### Verhöhnung der Gehilfenschaft

Die Nr. 93 des „Korr.“ mit der Bekanntmachung des Tarifausschußes am 22. August zusammenfassenden Tarifausschlußung liegt vor mir.

Das Auge gleitet bedächtig über jede einzelne Zelle dieser wichtigen Ankündigung. Der lebendige Punkt lautet: „Antrag der Gehilfenvertreter auf Erhöhung der Steuerungsulage.“ Ein freudiges Empfinden durchdringt den Körper. Ist es doch ein Beweis, daß unsere Gehilfenvertreter den Ernst der wirtschaftlichen Lage unserer Kollegenchaft zu würdigen wissen. Und wer wollte leugnen, daß unsere Löhne im Vergleiche zu anderen Arbeiterkategorien nicht verbesserungsbedürftig sind?

Eine Viertelstunde tiefer schweilt das Auge. Man stußt, greift sich an die Stirn und fragt sich: Ist es möglich? Man liest zum zweiten- und drittenmal, denn was steht da wörtlich gedruckt:

8. Antrag der Prinzipalsvertreter auf Abbau der Steuerungsulage. Die mit dem 31. August ablaufende Steuerungsulage ist wie folgt zu ermäßigen: a) für das gesamte besetzte Gebiet sowie für alle Orte bis zu 5 Proz. Lokalzuschlag um 20 M. pro Woche; b) für alle übrigen Druckorte im Deutschen Reich um 10 M. pro Woche; c) die um die vorstehenden Sätze

ermäßigten Steuerungsulagen werden bis zum 31. Dezember d. J. weitergezahlt.

Selbst die Orte im unbesetzten Deutschland bis 5 Proz. Lokalzuschlag will man also um 20 M. wöchentlich pressen. Anders ist das unter a) Gesagte nicht aufzulassen. Bei flüchtigem Lesen glaubt mancher Kollege, es sind nur die Orte im besetzten Gebiet gemeint. Das Gegenteil ist der Fall. Mit Scheuklappen mühten die Kollegen in den kleinen Druckorten umherlaufen, wenn sie das Mandat unserer Prinzipalsvertreter nicht durchschauten. Alle übrigen Druckorte sollen sich in einem Abbau von nur 10 M. wöchentlich fügen.

Weiterhin sollen die ermäßigten Steuerungsulagen bis zum 31. Dezember d. J. gezahlt werden. Und dann? Merke Kollegen, dann geht es weiter abwärts mit dem Lohne der so oft gepriesenen Intelligenz der deutschen Arbeiterklasse!

Ein „Nunquam retrorsum“ (Niemals rückwärts!) müssen wir jetzt den Prinzipalen auf ihre ungedachten Forderungen entgegenlesen. Und das können wir mit Recht. Denn die Preise aller Bedarfsartikel für das menschliche Leben sind nicht so hoch, überhaupt nicht so hoch, daß schon jetzt an einen Abbau der Löhne gedacht werden kann.

Durch die letzten der Reichsregierung zur Verfügung gestellten 1 1/2 Milliarden Mark zur Senkung der ausländischen Lebensmittelpreise ist nur scheinbar eine Verbilligung eingetreten. Das hat der „Korr.“ schon in Nr. 77 („Ein kleiner Lichtblick“) geschrieben. Hier bis fünfmal höher sind immer noch die verbilligten Auslandslebensmittel gegenüber den Friedenspreisen. Und um wieviel Prozent höher sind noch alle anderen Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs, abgesehen von den in nächster Zeit ganz wahrnehmbar steigenden direkten und indirekten Steuern, die die Buchdrucker genau so treffen wie jeden anderen Arbeiter! Ober wissen die Prinzipale im deutschen Buchdruckgewerbe noch nichts von den bevorstehenden Erhöhungen? Um noch nicht 200 Proz. sind unsere Löhne geklettert im Gegensatz zu einer Erhöhung von 300- bis 1000 Proz. aller möglichen Gebrauchsartikel! — Und da wagt man, einen Antrag einzubringen auf Abbau der Löhne?

In allen Ländern ist man drauf und dran (siehe Nr. 91 des „Korr.“), die Löhne zu erhöhen, und der größten Buchdruckerorganisation der Welt wirft man seitens der Prinzipale den Gedehandbuch hin!

Die letzten Unternehmer waren unsere Prinzipale, die den Lohn während des Krieges erhöhten; sie sind die ersten, die die Löhne nach dem Kriege wieder abbauen wollen! Wenn die Herren den Kampf haben wollen, so können sie bei der gegenwärtigen Stimmung in der Gehilfenschaft, die der Krieg ganz erheblich beeinflusst hat, etwas erleben . . .

Zu dem Antrage der Gehilfenvertreter auf Erhöhung der Steuerungsulage noch einige Worte: Jeder Kollege, der das Glück hatte, einige Mark über Minimum zu erhalten, weiß, daß er durch jede erneute Steuerungsulage einige Prozent von dem überminimal Entlohnerten einbüßt. Warum schwingt man sich nicht dazu auf (einige Gewerkschaften haben es bereits getan), die Steuerungsulagen gänzlich zu beseitigen und einen festen Grundlohn wieder zu schaffen? Wie unheimlich diese Steuerungsulagen wirken auf den überminimal Entlohnerten, zeigt ganz klar ein Beispiel in dem Artikel „Minimum und Maximum“ im Heft 8 der „Topographischen Mitteilungen“. Für Gehilfen wie für Prinzipale ist es nur zur begründen, wenn wieder feste Grundlöhne geschaffen werden.

Nicht Verhöhnung und Provokation des einen Kontrahenten im Tarifgebäude des deutschen Buchdruckgewerbes, sondern rüchlich- und verständnisvolles Zusammenarbeiten beider Teile kann uns das erhalten, was wir (Gehilfen und Prinzipale) im friedlichen Wettbewerb im Interesse unseres Gewerbes geschaffen haben.

Sollte dies nicht mehr möglich sein, und es scheint so, dann wird die Gehilfenschaft auch vor einem Kampfe nicht zurückweichen, den sie nicht gewollt hat, der aber um so erbitterter geführt werden wird.

Vena.

B.

### Der Bluff

Es ist kein Traum, sondern nackte Tatsache: die Prinzipalsvertreter verlangen Abbau der Steuerungsulagen für die Orte bis 5 Proz. Lokalzuschlag um 20 M. und für

alle übrigen Orte um 10 M. für die Woche. Frisch auf drum, Gutenbergs Jünger, geht voran auf der Lohnabbaubahn!

Man muß uns aber in den kommenden Tarifabmachungen genügend Leberleimen sichern, damit wir uns und unsern Kindern den ach so arg zusammengeschrumpften Leib ein tüchtiges Stück zuschnüren können. In einigen Monaten ist es dann den deutschen Buchdruckern möglich, sich durch aufsehenerregende Sonderleistungen einen lobenden Lebensverdienst zu verschaffen und dadurch gleichzeitig den Lohnabbau wieder weitzumachen.

Beschämend ist es, daß unsere Prinzipale den Mut besitzen, uns Buchdruckern, die wir über eine der ältesten und besten Organisationen verfügen, so etwas zu bieten. Ernst kann es ja den Herren damit nicht sein, denn sie wissen nur zu gut, wie kümmerlich wir unser Dasein fristen. Der Antrag auf Lohnabbau bedeutet schließlich weiter nichts als einen recht plumpen Bluff, der nur ein Gegengewicht zu unsern berechtigten Forderungen sein soll. Unsere Gehilfenvertreter werden sich wohl auch durch diesen „verblüfften Bluff“ nicht im geringsten verblüffen lassen. Sie müssen fragen, daß es endlich auch einmal uns ausgehungerter Buchdruckern möglich ist, das Allernotwendigste zum Lebensunterhalte kaufen zu können. Wir wollen nicht länger abelits, haben und kümmerlich im Schalle vegetieren, nein — nach all den Entbehrungen wollen wir wieder einmal neue Kräfte und frischen Mut lassen.

Hört denn, ihr deutschen Prinzipale, laßt uns Buchdrucker nicht, es hat alles ein Ende. Wenn ihr die Pläne der deutschen Arbeitgeber lesen wollt, dann sucht euch ein andres Gebiet, es zu werden, sonst kehrt sich die Sungerpeitsche gegen euch. Uns, die wir uns mühselig plagen, um euch' das Leben zu vergolten, geht, was unser ist!

D.:N.

### Zum Abbau der Steuerungsulagen

Die „Berechtigung“ des Abbaus der Steuerungsulagen, die sich in den Anträgen zur Tarifausschlußung seitens der Prinzipale verhöpft, möchte ich an Hand tatsächlicher Angaben etwas illustrieren.

Meine Familie besteht aus 10 Köpfen. Das Alter der Kinder ist 7 Monate bis 14 1/2 Jahre. Die Lebensmittel, die mir auf Grund der Karten zustehen, bestanden für die Woche vom 4. August bis 11. August d. J. aus folgenden Artikeln:

Artikel	Quantität	Preis	Mark
4 1/2 Pfund Brot			11,44
4 1/2 „ Graupen	a 250 g		1,98
4 1/2 „ Nudelsuppe	a 250 g		3,42
4 1/2 „ Reis	a 250 g		9,90
4 1/2 „ Seigwaren	a 250 g		2,97
10 „ Halerflocken	a 500 g		7,60
4 1/2 „ Kartoffelwasmehl	a 250 g		3,10
4 1/2 „ Auslandsmehl	a 250 g		4,25
4 „ Auslandsbrot	a 200 g		20,—
2 1/2 „ Auslandsfleisch			10,65
2 1/4 „ Inlandsfleisch			8,60
1 „ Butter			7,50
9 „ Kartoffeln			1,80
1 1/4 „ Monatsmargarine			4,32
3 „ Zucker			1,68
4 „ grüne Bohnen			2,—
5 Beutel Gewürze			1,50
12 1/2 Liter Milch			7,14
1 Pfund Kakao für Zwei- bis Vierjährige			10,—
und stillende Mütter			2,60
Nährmittel für Säuglinge und stillende Mütter			—,44
2 Pfund Salz			—,44
Dazu treten an Auswendungen für:			
Streichhölzer			—,45
Seife und Seifenpulver			3,50
Miete			10,40
Steuern (Staats- und Gemeinde)			8,—
Gas			5,10
Feuerung, Holz			8,—
Elektrische			2,50
Verband und Bildungsvereine, Eierbekasse			3,10
1 Schachtel Wäsche			—,65
Verchiedenes			3,60
Summa 133,34			
Arbeitsverdienst			125,89
Fehlbetrag			42,45

Aus dieser Tabelle kann jeder Einsichtige ersehen, ob der Antrag der Prinzipale berechtigt ist oder nicht. Was derselbe direkt aufreizend wirken muß, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

Nun wird mancher Kollege fragen, wie steht es denn mit den Anschaffungskosten in der Familie? Dieselben habe ich abschließend nicht angegeben, denn dies weiß jeder einzelne Kollege und auch die Prinzipale wissen es, wie hoch dieselben für die Person sich kelaufen. Es würde sich jedenfalls meine Zusammenstellung noch um 20 bis 30 Mh. wöchentlich erhöhen.

Aus diesen Gründen ist es angebracht, daß sich der Tarifauschuss mit der Kinderzulage befaßt. Um nun den Kollegen die Einsätze gleich vorweg zu nehmen, die sagen könnten: Welche Arbeit, gleicher Lohn! möchte ich bemerken, daß es sich um „Teuerungszulagen“ und nicht um Lohnerhöhung handelt. Auch wird es noch viele Kollegen geben, die in ähnlicher Lage sind. Dabei ist mein Lohn jedenfalls noch 15 bis 20 Mh. über dem Durchschnittslohn, so daß mancher Kollege, wenn seine wenigen Erparnisse aufgebraucht sind, gar nicht daran denken kann, die unbedingt notwendigen rationierten Lebensmittel kaufen zu können.

Die Zustimmung sei deshalb unsern Tarifauschussmitgliedern zur Beweisführung empfohlen.  
Leipzig. Georg Saak.

## Zum 22. August

Der Punkt 8 — Antrag der Prinzipalvertreter auf Abbau der Teuerungszulage — erwiderte gewiß bei allen Kollegen den Eindruck, als ob die Urheber dieses Punktes wahre Erkenntnis unter den Arbeitgebern sein wollen. Geldscheu ausgedrückt, geben sich unsere Prinzipale mit diesem Antrag eine Blöße, die bisher noch nicht zu vergleichen gewesen sein dürfte. Man muß zweifeln, ob jene Herren auch mit den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen vertraut sind. Könnte man doch gerade in den letzten Tagen wieder von der steilen Steigerung der Post- und Verkehrsabgaben, der Lebensmittel, der Kleidung, Heizung und Miete lesen.

Sie ein kleines Beispiel: Seit drei Wochen in einem heftigen Städtchen mit 7500 Einwohnern in Stellung, bewohne ich mit einem Kollegen ein Zimmer, möbliert mit einem Bett, einem Wälzschiff, einem Schrank und einem Tisch und „Bediene dich selbst“. Dafür bezahlt jeder mit Kollege sage und schreibe 60 Mh. Es sei bemerkt, daß wir erst durch gute Worte unseres Prinzipals Unterkunft erhielten. Für ganz einfaches Mittag- und Abendessen zahlt jeder monatlich 135 Mh. Sit das nicht Wunder an billigen Orten, wo Landwirtschaft und Gemüsebau getrieben wird?

Die Bezahlung ist eine tarifliche. Unser Herr Prinzipal, in dessen Herzen noch ein Funke von Nächstenliebe glüht und der noch unter jene Unternehmer mit Vernunft und Verständnis zu zählen ist, beklagt selbst unsere Schwächen als Pioniere der Arbeiter im Verhältnis zu jenen Löhnen der ungelernten Arbeiter mit 100 bis 120 Mh. Warum sehen dies auch nicht andre Prinzipale ein, sondern kommen auf die Idee, in dieser Zeit mit einem Abbau der Teuerungszulage zu beginnen?

Hoffentlich werden unsere Gehilfenvertreter jene Herren mit den nötigen Pillen heilen und sie mit dem durch Punkt 8 errungenen Lorbeerkranz nach Hause schicken.  
Bürlstadt (Hessen). Joseph Eder.

## Ferienkorrektur

Die Tarifberatung im Mai, die uns außer einer nicht unerheblichen Lohnzulage, die allerdings der bestehenden Teuerung noch nicht entsprach, auch tariflich festgelegte Ferien brachte, wurde fast allgemein als Errungenschaft bezeichnet. Was so lange vorher angestrebt wurde: tarifliche Festlegung der Ferien, ist nun endlich Tatsache geworden.

Nach meiner Meinung sind unsere Vertreter in der Ferienangelegenheit aber den Unternehmern doch etwas weit entgegengekommen, und zwar in der Staffelung. Nach zehn Jahren kommt jetzt ein Gehilte erst in den Genuss des fünfzehntägigen Urlaubs, ausgenommen diejenigen Kollegen, die schon zehn Jahre und noch mehr in ein und demselben Geschäft hinter sich haben. Der Krieg, der in vielen Fällen bei den Kollegen, die der Militärpflicht nicht unterlagen, aus verschiedenen Umständen einen Wechsel ihrer Stellung mit sich brachte, sind dadurch erheblich geschädigt worden. In den Jahren 1916 und 1917 wurde im „Storr.“ den Kollegen der Rat erteilt, höheren Lohn zu verlangen, bei Abweisung ihrer Forderungen die Konsequenzen zu ziehen und sich zu verändern. Dies war ja in jenen Jahren leicht, da die Nachfrage das Angebot überstieg. Diejenigen Kollegen, die den damals guten Rat des „Storr.“ befolgten, haben in anderer Beziehung schlecht abgesehen. Bei Beendigung des Krieges wurden sie infolge der Verordnung des Demobilisierungskommissars, der zufolge die Kriegsteilnehmer wieder an ihre Plätze kamen, und weil die Geschäftslage den Prinzipalen nicht gestattete, die während des Krieges eingestellten zu behalten, auf die Straße gesetzt. Infolgedessen wurden viele Kollegen arbeitslos, wovon ein Teil es heute noch ist. Erst im Januar 1919 wurden von jenen des Buchdruckerats weitere Entlassungen inhibiert durch eventuelle Verkürzung der Arbeitszeit. Die Kollegen, denen es nach dem Kriege möglich war, in einem neuen Unternehmen oder in einer Druckerlei unterzukommen, wo noch einige Plätze frei sind, haben nun keine Ferien bekommen oder fünf Tage nur, soweit sie vor dem 25. Dezember 1918 eingetreten sind. Die meisten davon waren

vorher längere Jahre in einem Geschäft tätig und gehen nun dadurch, daß sie ihre Lage verbessern wollten, der Ferien verlustig resp. müssen wieder von vorne anfangen und zehn Jahre warten, ehe sie 15 Tage erhalten.

Es ist in der jetzigen Zeit, wo so sehr um Gleichberechtigung gekämpft wird, eine solche Staffelung haltlos. Die Staffelung müßte eine andre sein, etwa: 9 Tage Ferien, vor dem 1. April drei Monate im Geschäft ist, 12 Tage nach einem Jahre, 15 Tage nach zwei Jahren, so daß im dritten Jahre jeder Kollege in den Genuss der jedem zustehenden Ferien kommt. Ebbhaftigkeit im Geschäft kann für beide Teile nützlich sein, sie kann aber für die Gehilfen auch nachteilig wirken, was hier nicht weiter ausgebeutet sein soll. Die Gleichberechtigung aber durch Vernachlässigung der andern, Vornachteilbringenden zu fördern, hat wohl gewiß nicht in der Absicht der Gehilfenvertreter gelegen. Sie mögen deshalb ehestens für eine Korrektur an den Ferien sorgen.  
Hamburg. A. R.

## Der Druckpreistarif und die neue Wirtschaftsordnung

Der deutsche Buchdruckpreistarif, wie er unter Mitwirkung der Tariforgane vom Deutschen Buchdruckerereine zu Leipzig herausgegeben worden ist, zeigt seit dem Jahre 1907 bis auf den heutigen Tag, wo ein vierter neuer Preistarif auf Grund der Friedenspreisfuge vom Jahre 1912 unter Berücksichtigung aller bisherigen Teuerungszuschläge umgerechnet und herausgegeben worden ist, ein ganz anderes Gesicht. Einen Punkt weist das neue Werk klar nach, nämlich die Tatsache, daß das Kapital keinerlei Abgaben und Lasten sich aufhängen läßt, vielmehr alle übernommenen — auch die tariflichen — Zahlungspflichten auf den Konsumenten und Verbraucher abwälzt. Das Kapital ist derart verhängt und versichert, daß selbst nicht einmal eine Sozialisierung an dasselbe heranzukommen in der Lage ist. Die Organisation des Großkapitals ist national und international hergestellt ausgefittelt, wie sie nicht stärker und mathematischer sein kann. Der gesunde Menschenverstand hat liebe Not, den richtigen Weg zu finden, um den Kapitalismus, der doch auch nicht nur etwa Selbstzweck, sondern selbstredend Allgemeinwohl darstellen müßte in Produktion, Volks- und Wirtschaftsleben, auf die ethische Basis innerhalb der moralisch gesteckten Grenzen zurückzuführen.

Der deutsche Buchdruckpreistarif soll die Grundlage für eine einheitliche Preisberechnung der Druckerarbeiten im Deutschen Reich bilden. Da im Berechnungswesen des Buchdruckererwes eine große Zerfahrenheit herrscht — sie ist auch heute noch zu beobachten —, war ein derart instruktives Werk eine Notwendigkeit. Der enge Zusammenhalt der Buchdruckererwerblicher sich diesen Tarif ansehen, als durch den Beschluß des gewählten Organisationsvertrags mit dem Verbands der Deutschen Buchdrucker auch die Möglichkeit gegeben war, die Gehilfenschaft zur Arbeitsteilung dieses Preisgesetzes mit heranzuziehen. Das letztere geschah aber keineswegs in dem Anlange, wie es im Interesse des Buchdruckererwes notwendig gewesen wäre. Hier herrscht eine empfindliche Lücke, die die Zukunft ausstopfen muß.

Wenn der Druckpreistarif die Preise reguliert im ganzen Reich, was es natürlich in einer Art und Weise geschehen, daß die Ausstattung der Erzeugnisse darunter nicht leidet, vielmehr das Gewerbe den Anforderungen des Kundengeschmacks der Verbraucher und der Gehilfenschaft in etwas entsprochen wird. Nur auf dem Weg ist eine Hebung des Gehalts und der Arbeitsfreude möglich. Kapital und Arbeit haben tatsächlich alle Verantwortung, darauf zu achten, daß die Preise im richtigen Verhältnis zum Aufwande der Mühen und Anholten Festlegung finden. In dem Geiste hätte der Buchdruckpreistarif den Verkehr zwischen Buchdruckererwerblichen und Auftraggebern zu regeln. Eine gesunde Basis, um wechselseitiges Vertrauen sowie Neubelebung und Befundung des Gewerbes zu ermöglichen.

Als bemerkenswert verdient es hingestellt zu werden, wenn ohne Genehmigung des Deutschen Buchdruckerereines weder der vollständige, noch teilweise Abdruck des Preistarifs gestattet ist. Nicht einmal ist eine Bearbeitung im Auszug erlaubt. Weshalb da mit so großer Geheimniskrämerie und Mühsal gearbeitet wird, kann nicht recht ersichtlich sein. Aus dem Grunde haben es sich die Interessenten selbst zuzuschreiben, wenn im Publikum schiefe Beurteilungen in der Preispolitik des Buchdruckererwes entstehen. Der Geist des Preistarifs ist zweifelsohne ein guter. Wenn dennoch viele Klagen über die Handhabung und Unrichtigkeit desselben laut werden, liegt es daran, daß die großen Druckerereine sich wohl ein Betriebs- und Kalkulationsbureau halten können, in dem die tüchtigsten Sachmänner die Berechnung der Drucksachen nach dem Lohn- und Preistarif durchführen, also die Preise wohl am richtigsten auf dem Marke festlegen. Anders ist es bei den kleineren und mittleren Buchdruckererwerblichen, wo der Buchdruckererwerblicher auch gleichzeitig der Geschäftsführer und Kalkulator in einer Person ist. Naturgemäß kann dieser dann sehr häufig das Tarifwesen nicht so beherrschen, wie es im Interesse einer einheitlichen Preisregulierung im ganzen Reich notwendig wäre.

Im diesem Abhange der Preisgleichheiten, die sehr häufig sogar das Gesicht der Preisgleichheit zeigen, zu begegnen, läßt sich der Ausweg beschreiben, daß für jeden Tarifkreis ein Kalkulationsbureau von den Druckererwerblichen unterhalten wird, wo alle Drucksachen kostenfrei kalkuliert werden müssen. Diese Einrichtung, die im kleinen schon in den Kriegsgeschäftsstellen zur Durchführung kommt, erspart im Druckgewerbe viel kostbare Zeit und teure Arbeit, die jetzt alle Drucker für ihre Kalku-

lationen verwenden müssen. Es ist leider noch der Umstand bei uns zu beobachten, daß ein Drucksachenauftraggeber bei drei, vier, fünf Firmen anfragt, was die Drucksache kostet, ehe er den Auftrag vergibt. Durch diese überflüssige Schaffung der Kalkulationsbureaus würde auch möglicher Arger erspart. Die Kostenfrage dürfte nicht erschwerend ins Gewicht fallen, weil ja heute schon fast alle Kreise des Buchdruckerereines eine Gehilfenschaft besitzen.

Eine andre Regelung der Preispolitik finden wir in der Berufsverfassung von Karl Schaeffer, die ja eine Preisordnung vorseht. Diese Ordnung will den gesamten Produktionsprozeß im deutschen Buchdruckererwe gemäß seiner strengen zentralen Organisation und Verwaltung auf sozialwirtschaftlicher Grundlage als ein untrennbares Ganzes beurteilen. Die Herstellungskosten der Druckerarbeiten im allgemeinen zerfallen in zwei Gruppen: persönliche und materielle Herstellungskosten. Unter die persönlichen Herstellungskosten fallen die Ausgaben für die Erhaltung und Entwicklung der technischen Arbeitskräfte und kaufmännischen Angestellten, ferner die Umlagen für die Berufsgemeinschaft und die Sozialerziehung. Bei den materiellen Herstellungskosten kommen der Ertrag der verbrauchten Produktionsmittel, ferner die Kosten der verbrauchten Hilfsstoffe, dann die Aufwendungen zur Bildung eines Reservefonds zur Ergänzung der technischen Hilfsmittel und schließlich für öffentliche Abgaben (Steuern) in Frage. Die Art der Berechnung der Herstellungskosten ist neu und einfach, also lange nicht so kompliziert und kesselgebend, wie im Preistarif der Preisbau zur Durchführung gekommen ist. Schaeffer will nur eine genaue Feststellung der jeweiligen Satz- und Druckzeit. Diese sozialwirtschaftlich konzentrierte Produktionsregelung oder Arbeitsteilung verhindert Verzögerungen jeder Art, schließt die Konkurrenz aus und macht viele Anknüpfungen für das Betriebskontor und die Kalkulationsabteilung überflüssig. Der Berechnungsmodus von Schaeffer kommt zu einem Einheitspreise von 4,80 Mh. Stundenlohn, so daß für eine Druckarbeit, die 10 Satzstunden und 5 Druckstunden (einschließlich Zurücklauf) erfordert, sich der Gesamtpreis der Drucksache auf 10 und 5 mal 4,80 Mh. — 72 Mh. stellen würde. (Diese Ziffern sind vom Verfasser des „Problems einer neuen Berufsverfassung“ nur beispielsweise gewählt; ihre Wertigkeit bildet der DurchschnittsStundenlohn, der aus dem Jahreskontor für Entlohnung aller Berufsangehörigen ermittelt wurde. Die daraus resultierende Gesamtberechnung des Druckpreises könnte auch noch anders erfolgen, bildet also kein starres Dogma, sondern nur einen Wegweiser zur Vereinbarung. Red.) Die in Rede stehende Preisordnung sieht auch eine höhere Bewertung der Qualitätsarbeiten vor und läßt auch zu, daß die Papierkosten besonders zugerechnet werden, und zwar nach den Einkaufspreisen. Man wird hier einen Mittelweg suchen müssen, um den richtigen Weg zu finden, damit die Preispolitik des Buchdruckererwes einfacher und klarer gestaltet werden kann.

Nun die schwächste Seite des Preistarifs. Wenn der letztere die gesamte Geschäftsführung einschließt, müßte auch die Gehilfenschaft unbedingt einen weitgehenden Einfluß auf die Preisbildung erhalten. Das ist möglich, weil die Verordnung über die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vom 23. Dezember 1918 durch ein neues, weitergehendes Gesetz Abhilfe finden soll. Die neuen Betriebsräte sollen auf sozialen und wirtschaftlichem Gebiete bestimmte Funktionen zugesprochen bekommen. Im Rahmen dieses neuen Gesetzes wäre es möglich, wenn das bestehende Druckerlei-Vertrauensmännerchen Ausbau finden würde. Man müßte die Vertrauensmänner als Tariffunktionäre und Räte im Sinne des in Aussicht genommenen Betriebsrätegesetzes anerkennen. In der Form wäre es möglich, daß die Gehilfenschaft die Betriebsleitung unterstützen kann, um die Produktion und Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sichern. Das letztere deshalb, um dem Gehilte der verminderten Leistungen der Gehilfenschaft Abbruch zu tun. Selbstredend müßten dann diese Tariffunktionäre auch Einsicht in die Geschäftsbücher nehmen können sowie auch die Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen prüfen dürfen. Auf diese Weise sollen die Arbeitnehmer als vollberechtigte und verantwortungsvolle Glieder der Produktion und des Wirtschaftslebens wieder mehr Arbeitslust und Freude erhalten, denn die Druckerereine wird in diesem schönen Gebirgsange nicht mehr allein von den Besitzern, sondern auch von der Gehilfenschaft und den gesamten Arbeitern gebildet. Die Hauptsache ist und bleibt, daß in der Form die Betriebsdemokratie unter allen Umständen eine feste Sicherung findet, wie eine Anpassung der Lohn-, Preis- und Gewerkepolitik an die neue Zeit bedeutet: das Sozialziel unserer Sehnucht sowie praktischen Gewerkschaftsarbeit.

Braunschweig.

Paul Otto George.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

St. Augsburg. Die Veranlassung am 5. Juni beschloß sich u. a. mit zwei Anträgen, gestellt von den Augsburger Buchdruckererwerblichen, die verlangten, die heilige Gehilfenschaft solle den entstandenen Arbeitszeitverlust (5 Wochen = 20 Stunden) rückwirkend bis zum 5. Mai, hervorgerufen durch die Einführung der 44-Stunden-Woche, durch Überarbeit einbringen oder vom Lohn in Abzug bringen lassen. Der zweite Antrag betrafte, die am 7. Juni 1919 in Höhe von 5 · 20 = 100 Mh. zustehende, bis 5. Mai rückwirkend festgelegte Teuerungszulage soll in wöchentlichen Raten an die Gehilfenschaft ausbezahlt werden. Beide Anträge wurden von der stark

besuchen Verammlung einstimmig abgelehnt und in einer Entschliessung den Prinzipalen mitgeteilt, daß die Gehilfenchaft Augsburg sic) bereit erkläre, ab 10. Juni wieder 48 bzw. 47 1/2 Stunden zu arbeiten, dagegen einer Einbringung der 20 Stunden Arbeitszeitverlust nicht zustimmen werde. Bezüglich der Ratenzahlung der 100 Mk. Teuerungszulage ab 5. Mai wurde dies nur den Druckereien zugestanden, die weniger als fünf Gehilfen beschäftigen. Diese Ratenzahlung dürfte sich aber nur auf die nächsten zwei Monatsabläufe erstrecken. Wegen Beibehaltung des freien Sonnabendnachmittags ersuchte die Verammlung des Ausschusses, den Prinzipalen den Vorschlag zu unterbreiten, die am Sonnabend ausfallenden vier Stunden unter der Woche einzubringen. (Die in der Entschliessung an die Prinzipale gerichteten Vorschläge unterseits auf die beiden Anträge sowohl als auch wegen des freien Sonnabendnachmittags wurden von den Arbeitgebern inzwischen anerkannt. D. B.) Die Einstellung der 10 Proz. Arbeitslosen wurde ebenfalls einer ausgelegten Aussprache unterzogen und von der Verammlung der Wunsch geäußert, der Ausschuss wolle alles versuchen, um unsere arbeitslosen Kollegen unterbringen zu können. (In der Zwischenzeit haben der Prinzpalis- und der Gehilfen-vorstand des Tarifschiedsgerichts für Schwaben und Nürnberg in dieser Sache ein Zirkular bezugs Aufstellung der Arbeitslosen an sämtliche in diesem Kreise befindlichen Buchdruckereibesitzer mit einem kleinen Erfolg gerichtet. Auf dem Arbeitsnachweise liegen nur noch 45 arbeitslose Kollegen.) — In der Verammlung vom 9. August wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Karl Lampart geehrt. Weiter wurden zwei Kollegen in den Verband aufgenommen. Die Abrechnung für das zweite Quartal erstattete Kassierer Schmidt, das Drivereinsvermögen betrug am 1. Juli rund 16500 Mk. bei einem Mitgliedsbestand von 310 Kollegen. Nicht uninteressant war die Mitteilung unfers Vorsitzenden Maier, daß nach zuverlässigen Mitteilungen die bayerischen Buchdruckereibesitzer auf einer Konferenz in Nürnberg sich ernstlich mit der Frage eines Abbaues der Teuerungszulagen befaßt hätten und bei der nächsten Tarifauschüttung den Versuch machen wollten, mit diesbezüglichen Anträgen auf den Plan zu treten. Die Verammlung war allgemein der Ansicht, daß in gar keiner Weise die Gehilfenchaft hier Konzessionen machen werde und auch gar nicht könne. Zu einer Zeit, wo die Teuerung fortwährend enorm steige, könne ein solcher Abbau nicht angängig sein; die Gehilfenchaft erwarte das Gegenteil, oder aber es müsse einmal der Abbau der täglichen Bedarfsartikel vorgenommen werden. Das örtliche Tarifschiedsgericht wird zurzeit stark in Anspruch genommen. Weiter wurde dann noch der Beschluß gefaßt, das Vereinsblatt wieder in den „Murrgarten“ (Spenglergäßchen) zu verlegen. — Am 20. Juli begaben der Driverein und die Gesellschaft „Synopgraphia“ gemeinsam das Johannistfest, bei welchem unser Gauvorsitzender Semmerich (München) die Festrede übernommen hatte. Auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken konnte am Johannistag unser Kollege Karl Schwab, welcher noch in körperlicher Mithigkeit in der Gebrüder Reichelshens Offizin seinen Beruf als Setzer ausübt. Manchem Kollegen, der früher hier in Kondition stand, wird der Jubilar durch seinen gefunden Humor noch in guter Erinnerung stehen.

**Berlin.** Unser Kollege, der Seher Hermann Braun, seit 1915 Invalide und gegenwärtig noch als Kassabote der Berliner Gauverwaltung tätig, begeht am 21. August seinen 70. Geburtstag. Infolge seines aufrechten kollektiven Wesens und seiner steten Hilfsbereitschaft erfreut er sich noch heute in weiten Kreisen namentlich der älteren Berliner Kollegenschaft ganz besonderer Beliebtheit. Unire herzlichsten Glückwünsche sollen darin bestehen, daß ihm noch ein heiterer, sorgenfreier Lebensabend beschieden sein möge!

**Düsseldorf.** Am 9. August feierte Kollege Karl Schönlein sein 50jähriges Berufsjubiläum. Von seinen Kollegen der Buchdruckerei Gebr. Köhnes wurde er in würdiger Weise durch Überreichung eines Geschenkes und durch Schmückung seines Arbeitsplatzes geehrt. Der Jubilar lernte in der S. Etterchen'schen Buchdruckerei in Aachen, konditionierte später in Düsseldorf, Duisburg, Dülmen, Hagen i. W., Aachen und fand sich im Jahre 1891 auf seiner Wanderfahrt nach hier zurück, um Linker zu werden. Schon im Jahre 1875 trat er unire Organisations als Mitglied bei, um als solches stets treu seine Pflicht zu tun. Möge unserm Vater Schönlein ein besserer Lebensabend beschieden sein, ihm damit die Schicksale der letzten Jahre einigermassen vergessen machend!

**Köthen.** Die am 16. August abgehaltene Verammlung nahm nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten auch Stellung zu der Tagesordnung der Tarifauschüttung. Als unbedingt notwendig wurde die Anpassung des Tarifgesetzes an die veränderten Verhältnisse erachtet. Notwendig sei ferner eine Neuregung der Lohnzuschläge, zu denen auch für Köthen eine Erhöhung gefordert werde. Von den weiteren Tagesordnungspunkten fand in der Hauptsache der Antrag der Gehilfenvertreter auf Erhöhung der Teuerungszulagen volle Zustimmung; dies um so mehr, da gerade jetzt für ganz Anhalt (ab 16. August) eine weitere Erhöhung des Brotpreises um 33 1/2 Proz. in Kraft getreten ist. Die Preise für alle andern Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zeigen fast durchgängig eine aufsteigende Kurve. Diesen Zuständen gegenüber wirkte der von den Prinzipalen geforderte Abbau der Teuerungszulagen geradezu als Verhöhnung der Gehilfenchaft. Haben unsere Prinzipale auch kein Verständnis für die Lage der Gehilfenchaft in diesen Zeiten, so mögen sie sich doch davor hüten, den schon überfüllt straff gespannten Bogen zu überspannen, die Folgen könnten

unabsehbar sein. Nicht Abbau, sondern weiterer Ausbau der Teuerungszulagen muß die Lösung der Stunde sein!

**Stuttgart.** (Maschinenleger.) In der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung am 12. August sprach Kollege Bierack (Berlin) über „Unsre wichtigsten Aufgaben in Gegenwart und Zukunft“. Reicher Beifall lohnte dem Redner. In der Diskussion wurde von allen Rednern betont, daß ein Kongress in jetziger Zeit nicht wünschenswert sei, mit allem Nachdruck müsse aber neben einer Arbeitszeitverkürzung vor allem eine wesentliche materielle Besserstellung der Maschinenleger verlangt und energisch vertreten werden. Unser Spartenvorsitzender sowie unser ebenfalls anwesender Gehilfenvertreter konnten in dieser Verammlung die wahre Stimmung der Stuttgarter Maschinenleger kennen lernen.

## □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Nachahmenswerke Beispiele.** In Kiel gewährte die Buchdruckerei „Hollstein“ (Inhaber Johann Usmussen) freiwillig eine weitere Teuerungszulage von wöchentlich 5 Mk. In den Genuss der Zulagen trafen sechs Gehilfen. Ferner gewährte diese Firma drei Tage Erholungsurlaub ohne freie Karenz; die Hilfsarbeiterinnen erhielten statt der Ferien eine Abfindungssumme. Dieses erfreuliche Beispiel eines nachahmenswerten sozialen Verständnisses durch den Besitzer einer kleinen Buchdruckerei wird wahrscheinlich bei verschiedenen großen und kleinen Geistes des Deutschen Buchdruckervereins wieder ganz gewaltige Entschlüsse auslösen. Denn diese Herren denken ja an Abbau und nicht an Ausbau der gegenseitigen besseren Beziehungen zwischen Gehilfen und Unternehmer im deutschen Buchdruckergewerbe. Sie werden daher wohl nicht vor Verurteilen zurückschrecken, Herrn Usmussen offen und verständig zu schädigen oder zu schikanieren, wo sie nur können. Es wäre dies ja nicht das Erstem. Ans sind Hunderte von Fällen bekannt, wo maßgebende Persönlichkeiten des Deutschen Buchdruckervereins jedes entgegenkommen einzelner Buchdruckereibesitzer an die Gehilfenchaft, das über das Maß dessen hinaus ging, was die „Serren“ des D. B. V. als „gerecht und billig“ gelten lassen wollen, mit allen Mitteln reaktionärer Bestimmung zu bekämpfen und unmöglich zu machen suchten. Für diese Serren ist das tarifliche Minimum als Maximum der Weisheit letzter Schluß, um dessen Festsetzung von den Vertretern der Gehilfenchaft jeweils noch viel zäher gefochelt werden mußte als beim Pferdehandel. Diese Tendenz hindert aber die Serren des D. B. V. nicht im geringsten daran, von den Gehilfen als selbstverständlich zu erwarten, daß sie bezüglich ihrer Arbeitsleistung sich nicht die geringste Beschränkung auferlegen. Wir sagen das an dieser Stelle, weil sich gerade in letzter Zeit die Fälle häufen, wo Prinzipale ihrem Personal besondere Zulagen und Vergünstigungen zumommen ließen, aber nur unter der Bedingung, daß darüber in der Fachpresse nichts veröffentlicht wird, weil sonst die Spender allerlei Unannehmlichkeiten und Verfolgungen seitens der maßgebenden Instanzen des Deutschen Buchdruckervereins zu erwarten hätten. Und diese Herren haben noch den Mut, ein besonderes „soziales Verständnis“ für sich in Anspruch zu nehmen, wo es von Tag zu Tag mehr in Erscheinung tritt, daß sie weit eher Bremsklötze sozialer Verständigung als deren Förderer sind!

**Gesäftsverträge** gesellchaftlich betriebener Buchdruckereien und verwandter graphischer Unternehmungen. In der Fachpresse sind in diesem Jahre folgende Abschlüsse veröffentlicht worden (das Vorjahr in Klammern angegeben): Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, Reingewinn 1 719 955 (1 927 901) Mk., Dividende 10 (10) Proz.; F. Brudmann A.-G. in München 568 978 Mk., Reingewinn (477 298 Mk., 16 Proz.); E. Gundlach A.-G. in Bielefeld 469 970 (347 905) Mk., Dividende 12 (12) Proz.; Otto Esner, U.-G. in Berlin, 308 396 Mk.; Königsberger „Sartungliche Zeitung“ und Verlagsdrucker 241 048 Mk., Dividende 10 Proz.; E. Mühlhaller, A.-G. in München, 175 388 Mk.; Köhner Verlagsanstalt und Druckerei, A.-G., 135 283 (112 673) Mk., Dividende 6 (5) Proz.; Königliche Universitätsdruckerei S. Störz, A.-G. in Würzburg, 100 797 (105 913) Mk., Dividende 4 Proz.; Bibliographisches Institut, A.-G. in Leipzig, 82 499 (92 413) Mk. Verlust; Germania, A.-G. in Berlin, 67 369 Mk., Dividende 10 Proz.; Ostdeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, A.-G. in Posen, 62 978 Mk., Dividende 5 Proz.; Westfälische Vereinsdruckerei in Münster 55 563 Mk.; Stuttgarter Buchdruckerei-Gesellschaft, C. F. Coltas Erben in Stuttgart, 38 660 Mk.; „Allmer Zeitung“, A.-G., 6 Proz.; Medemannsche Druckerei, A.-G. in Saalfeld, 31 377 Mk., Dividende 6 Proz.; Badenia in Karlsruhe 25 398 Mk.; Wuppertaler Drucker, A.-G. in Elberfeld, 15 300 Mk.; Wagar, A.-G. in Berlin, Dividende 9 (7 1/2) Proz.; Schriftgießerei D. Stempel, A.-G. in Frankfurt a. M., Reingewinn 1 060 832 (1 645 535) Mk., Dividende 15 (15) Proz. und 15 (35) Proz. Sondervergütung; S. Berthold, A.-G. in Berlin, 493 351 (299 232) Mk.; Dividende 8 (4) Proz.; Aktiengesellschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau in Offenbach a. M., 25 851 (44 568) Mk., Dividende 3 (4) Proz. Es handelt sich um große und kleinere Betriebe in dieser Aufstellung. Die Abschlüsse sind manchmal frapperierend. Zu den vielen Klagen über ständige Verringerung des Geschäftsertrages, den zum Teil Berechtigung nicht abzustreiten ist, stehen die in den Fachblättern bei Druckereiausgaben zu lesenden Hervorhebungen über guten Gewinn in starkem Widerspruch. Im allgemeinen deshalb: Das Gewerbe nährt schon noch seine Meister, wie aber seine Gesellen?

**Buchdruckerstreik in Amsterdam.** In einzelnen größeren Druckereien ist am 14. August die Arbeit eingestellt worden, verbliebene Mäster können nicht erscheinen. Es handelt sich um eigenmächtiges Vorgehen in Betrach kommenden Personale. Der Sektionsvorstand Amsterdam erhebt die Forderung der Gehilfen durchaus an, will aber die geforderte Lohnerhöhung von 5 Gulden wöchentlich auf dem Verhandlungswege erreichen und hat die erforderlichen Schritte dazu eingeleitet.

**Offene Gewerkschaftsführerliste.** Für den Gewerkschaftsbund in Kassel wird zum baldigen Eintritt ein Sekretär gesucht. Bewerbungen tüchtiger, mit Redner-talent begabter Kräfte, die in Organisation und Agitation durchaus bewandert und mit der Arbeiterfortbildung vertraut sind, können sich bis 1. September mit ihren Bewerbungen an den Vorsitzenden des Gewerkschafts-kartells, Hans Ediel in Kassel, Obere Karlstraße 17, wenden.

**Vertreterwahl zur Generalversammlung der Unter-sühungskasse deutscher Konsumvereine.** Unter Bezugnahme auf unire diesbezüglichen Votzen in den Nr. 86 und 92 an dieser Stelle teilt uns der Betriebsarbeiterrat der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg mit, daß für die Wahl, die nunmehr am 26. August stattfinden soll, folgende Kandidaten nominiert sind: Aus Magdeburg als Vertreter Paul Müller (Bücher), als Stellvertreter August Dank (Klempner); aus Dresden als Vertreter Hoehler, als Stellvertreter Gehmlich; aus Chemnitz als Vertreter Max Weigert (Bücher), als Stellvertreter Arno Politor (Bücher); aus Kiel als Vertreter Otto Hoffmann, als Stellvertreter Otto Sebeck; aus Hamburg als Vertreter Johannes Pieczak (Buchdrucker), als Stellvertreter Albert Melle (Buchbinder). Die Wählberechtigten werden gebeten, diese Vorschlagsliste zu der ihrigen zu machen.

**Steigerung der Lebensmittelpreise um 750 Proz.** Unter der Überschrift „Sturmzeichen“ veröffentlicht das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ in Nr. 33 einen längeren Aufsatz, der in der Hauptsache bezüglich des Standes und der Aus-sichten der Lebenshaltung mit unire diesbezüglichen Darlegungen in voriger Nummer übereinstimmt. Es wird darin u. a. nachgewiesen, wie sich die Nahrungsmittelpreise in Hamburg in der jetzigen Zeit gegenüber dem Jahre 1913 entwickelt haben. Daraus ergibt sich, daß ein Lebensmittelquantum, das in seiner Zusammen-setzung im Jahre 1913 die Durchschnittsernährung eines erwachsenen auf einen Tag ausmachte, damals nur 85 Pf. kostete, heute aber 6,38 Mk. erfordert. Das bedeutet eine Preissteigerung von 750 Proz. Dabei sind Kleider, Mieten, Bildungsausgaben usw. noch gar nicht berücksichtigt. In dem Artikel des „Korrespondenzblattes“ wird auf Grund dieser Tatsachen dem einschlägigen Interner-nierium anheimgestellt, zu berechnen, um wieviel weniger die Löhne ihrer Arbeiter gestiegen sind als die Lebens- und Bedarfsmittelpreise; und um wieviel die Preise gestiegen sein müßten, bevor ein Lohnabbau überhaupt erforderlich werden kann. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß, wenn diese Einsicht in Unternehmertreuen fehlt, es zu sehr schweren Kämpfen kommen wird, zumal auch die Gewerkschaften nicht daran denken können, das heutige Ciend der Arbeiterchaft zu verewigen.

**Inerhörte Verteuerung der Schuhwaren in Aus-sicht.** Aus Schuhmachereifreisen wird gegenwärtig in der Tagespresse darauf hingewiesen, daß es ein großer Irrtum sei, wenn man annehme, daß die Schuhwaren in-solge Öffnung der Grenzen und nach Aufhebung der Zwangswirtschaft billiger werden. Sie würden im Gegenteil noch stark verteuert werden, und zwar um etwa 30 Mk. für das Paar Schuhe. Die Preise für Schuh-waren müßten steigen, weil erstens die Schlagsungen be-schränkt werden, um den Viehbestand zu heben, zweitens, weil deshalb Häute, Felle und Leder vom Ausland ein-geführt werden müßten. Die Preise für diese Rohstoffe seien aber durch den schlechten Stand der deutschen Wala und die Zahlung des Zolles in Gold so außerordentlich hoch, daß ein fertiger Stiefel schon in der Fabrik um wenigstens 30 Mk. teurer ist als bisher. Auslands-schuhwaren würden sich durch den schlechten Stand der deutschen Wala ebenfalls noch verteuern und sich noch höher stellen als die deutschen Waren. Die geschickten Lederpreise seien bereits seit 1. Mai bis jetzt um 50 Proz. gestiegen. Diese Angaben werden u. a. durch die Dresdner Zahlstelle des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutsch-lands bestätigt. Nach deren Auffassung werden die Preise für Schuhwaren eine Höhe erreichen, daß es der un-bemittelten Bevölkerung schwerfallen wird, sich diesen notwendigen Bedarfsartikel anzuschaffen. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen in der Schuhwarenherstellung haben deshalb auch die Aufhebung der Zwangswirtschaft abgelehnt, weil die Aufhebung die Verteuerung noch steigern würde. Sie haben auch an den maßgebenden Stellen auf diese Folgen aufmerksam gemacht. Von den Anhängern der freien Wirtschaft (dazu gehört auch der Schuhhandel) wurde aber erklärt, die eintretende Teue-rung würde eine vorübergehende Erscheinung sein. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft sei notwendig, um den Schleichhandel zu belegen. Der Erfolg würde derselbe sein wie bei der Erwerbverhältnisse: für Schuhe würden Schleichhandelspreise bezahlt werden müssen. Durch die Befestigung der Zwangswirtschaft würden die Preise für das Inlandsleder rapid steigen. Die Gerbereien und Lederhändler halten jetzt bereits das Leder zurück, um noch höhere Preise zu erzielen. Dadurch treten in der Schuh-industrie schon Betriebs Einschränkungen ein. Ein Teil der Beschäftigten muß vollständig ausbleiben, in andern Be-trieben wird nur noch halbe Tage gearbeitet.

